

# Mehr Geld für Flüchtlinge gefordert

## Länder gegen Rückzug des Bundes aus Finanzierung der Integration

**Berlin** – Die Länder beharren auf mehr Geld für die Kosten der Integration von Flüchtlingen. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) sagte gestern nach einer Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) in Berlin, die Länder wollten nochmals mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) einen Kompromiss suchen. Sollte es dabei zu keinem Ergebnis kommen, strebten die Länder eine Ministerpräsidentenkonferenz zu dem Thema mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an.

Nach bisherigen Berechnungen will der Bund seine Unterstützung für Länder und Kommunen von bisher 4,7 Milliarden auf rund 1,3 Mrd. Euro pro Jahr senken.

Die 16 Länderregierungschefs hatten dem Vernehmen nach einstimmig gegen die von Scholz geplanten Kürzungen votiert. Zugleich forderten sie alle Spitzen der Bundesregierung auf, eine klare Integrationsstrategie des Bundes mit einer soliden Finanzierung aufzulegen.

Was die Länder vom Bund an Zuschüssen künftig genau fordern, wurde zunächst nicht erläutert. Tschentscher sagte, die Länder erwarteten auf jeden Fall, dass die bisher gezahlten 1,8 Milliarden Euro für die Unterkünfte der Flüchtlinge vom Bund weiter übernommen werden. Dazu solle noch eine Integrationspauschale kommen, die sich bisher auf 2,4 Milliarden Euro belief.

Auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat die geplante Kürzung von Bundeszuschüssen



**Integration kostet:** Bund und Länder streiten um Geld für die Integration von Flüchtlingen in Deutschland.

FOTO: SOPHIA KEMBOWSKI/DPA

für die Flüchtlingskosten kritisiert. Der saarländische Regierungschef Tobias Hans (CDU) sagte, man erwarte nicht, dass die Länder weiter-

hin das gleiche Volumen wie 2019 bekämen. Aber das jetzige Angebot müsse nachverhandelt werden.

Ende 2019 laufen mehrere

Regelungen aus: die 670-Euro-Pauschale für Ausländer im Asylverfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Unterkunfts-

kosten für anerkannte Flüchtlinge. Stattdessen plant Bundesfinanzminister Scholz eine Pauschale pro Flüchtling für die ersten fünf Jahre nach der Ankunft. Im ersten Jahr sollen 16 000 Euro gezahlt werden, später weniger. Damit würde der Bund seine Unterstützung nach Berechnung der Hamburger Senatskanzlei von derzeit 4,7 Milliarden auf rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr senken.

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland war zuletzt deutlich zurückgegangen. Wurden 2016 noch knapp 746 000 Asylanträge gestellt, waren es 2018 noch knapp 186 000 Erst- und Folgeanträge. In Sachsen-Anhalt wurden noch 2850 neue Asylbewerber registriert - nach mehr als 34 000 im Jahr 2015. Trotzdem kämen kontinuierlich weitere Asylsuchende im Land an, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff. Die Kommunen weisen zudem darauf hin, dass viele Asylbewerber auch nachdem ihr Antrag abgelehnt wurde, erst einmal in Deutschland bleiben. Außerdem betonten auch sie: Integration kostet Geld. dpa